

"Asymmetrische Gefechtslage"

01.07.2014

SWR-Orchesterfreunde fordern neuen Termin für Runden Tisch.



Protest gegen die Fusion bei einer Demonstration in Freiburg Foto: dpa

"Farce"? Oder "konstruktives Gespräch"? Noch ist eine Woche bis zur gemeinsam vom SWR und der Stadt Freiburg veranstalteten "Träger- und Geberkonferenz" um einen möglichen Erhalt des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg am 16. Juli – und der Ton verschärft sich deutlich. Am Dienstag forderte der Verein der Freunde und Förderer des SWR-Sinfonieorchesters den Intendanten des Senders Peter Boudgoust in einem Offenen Brief zu einer Terminverschiebung auf. Der Runde Tisch sei "unter den bislang übermittelten Bedingungen" eine "reine Alibiveranstaltung".

Zentraler Vorwurf im vom Vorsitzenden des Fördervereins Arno Bohn sowie den Förderkreis-Mitstreitern Friedrich Schoch und Karl-Reinhard Volz unterzeichneten Schreiben ist, die Konferenz diene "dem einzigen Zweck, möglichst wenige Unterstützer aus dem kommunalen Bereich und der Wirtschaft an den ‚Runden Tisch‘ zu bringen". Bis heute sei

dem Freundeskreis nicht bekannt, wer eingeladen wurde; Rückfragen bei Bürgermeistern, Landräten et cetera hätten ergeben, dass sie entweder aufgrund seit langem feststehender Termine verhindert seien oder nicht eingeladen wurden.

Dem widerspricht SWR-Pressesprecher Wolfgang Utz. Den SWR habe niemals eine Stimme erreicht mit der Bitte um Verschiebung oder Teilnahme. "Es war immer Transparenz, wir hatten die Einladung mit der Stadt Freiburg abgesprochen. Niemand wäre abgewimmelt worden, wenn er um Teilnahme gebeten hätte." Friedrich Schoch, der für ein Stiftungsmodell für das SWR-Sinfonieorchester kämpft, winkt ab. Das seien die hinlänglich bekannten Versuche, die Dinge herunterzuspielen. Schoch: "Ich bin nicht mehr bereit hinzunehmen, dass einer allein die Spielregeln bestimmt", sagt er und spricht von einer "asymmetrischen Gefechtslage". Die Thematik werde jeweils auf das verengt, "was dem Intendanten gefällt oder nicht". So sei der angestrebte Einspareffekt durch die Fusion in weite Ferne gerückt, der Fusionsprozess selbst stocke bis hin zu fehlenden Probenmöglichkeiten für das fusionierte Orchester aufgrund der beengten Situation der denkmalgeschützten Liederhalle in Stuttgart. Doch der SWR entziehe sich hier der Diskussion, ebenso wie auch gegenüber allen politischen Unterstützern.

"Die Definitionshoheit über eine ‚wesentliche Änderung der Rahmenbedingungen‘ können Sie gewiss nicht für sich allein reklamieren", lautet deshalb ein zentraler Vorwurf an den Intendanten in dem Offenen Brief. Nachfrage beim SWR-Pressesprecher, was er zu den Argumenten des Freundeskreises in Sachen Fusion sage: "Jetzt geht es ja erst mal um das Thema Träger- und Geberkonferenz", lautet die lakonische Antwort von Wolfgang Utz. Alles andere seien gar keine Themen an diesem 16. Juli.

Aber auch bei der Frage um die Finanzierung liegen die Positionen deutlich auseinander. "Insgesamt müssen mindestens elf Millionen Euro jährlich nachhaltig aufgebracht werden. Zudem soll auf der Konferenz geklärt werden..., wer also ab 2016 in Nachfolge des SWR Arbeitgeber der Musikerinnen und Musiker sein soll", schrieb Peter Boudgoust am 6. Juni an die Mitglieder von Rundfunk- und Verwaltungsrat. Das sieht der Freundeskreis ganz anders: "Wir gehen zurück auf die Situation vor dem Fusionsbeschluss", sagt Karl-Reinhard Volz. Ausgangspunkt sei gewesen, dass der Sender 2,5 Millionen pro Orchester einsparen wollte. Es sei unverständlich, dass der SWR mittlerweile sein Freiburger Orchester für eine Summe "verkaufen" wolle, die um mehr als das Doppelte über der seinerzeit angestrebten Einsparsumme liege.

Gesprächsbedarf bestünde also genug. Aber nur auf "gleicher Augenhöhe", beharrt der Freundeskreis. Kommt es zum gewünschten späteren Anlauf? Utz winkt ab: "Dieser Termin steht." Aber auch Schoch demonstriert Zuversicht. Ein Runder Tisch könne kein kurzes Eck haben, basta. Es fällt auf, dass der Offene Brief nur an den einen der beiden Gastgeber gerichtet ist. Mit Bedacht? Beobachter sind sich einig, dass der Konflikt immer mehr auf ein Epizentrum zusteuert: den Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon. An ihm liege es, die Signale aus Wirtschaft und Landespolitik aufzugreifen und den gordischen Knoten zu durchschlagen...